

Die offenen Grenzen des Wachstums

Michael Dauderstädt¹

Langsam erholt sich die Weltwirtschaft vom tiefsten Wachstumseinbruch der letzten achtzig Jahre. Überraschenderweise hat die Krise die Reihen der Wachstumskritiker bereichert. Zu den traditionellen Pessimisten aus dem ökologischen Lager und den Vertretern der Linken, die denken, dass uns die Arbeit ausgeht, gesellen sich nun einige Konservative und Liberale.² Nachdem das finanzmarktgesteuerte Wachstumsmodell der zunehmenden Ungleichheit und Ungleichgewichte gescheitert ist, wollen sie auf Wachstum gleich ganz verzichten – was aus der Sicht der immer noch Reichsten etwas leichter fällt als aus Sicht der Milliarde hungernder Menschen oder der Ausgegrenzten in den reicheren Ländern.

Auf einen Blick

Wachstumspessimismus hat wieder Konjunktur. Dabei sind weder die Grundbedürfnisse des armen Teils der Menschheit befriedigt noch im reicheren Teil der Welt Wohlstand für alle erreicht. Weder sind die Produktionsmöglichkeiten erschöpft noch geht uns die Arbeit aus.

Viel Wachstum ist also noch möglich und nötig. Es muss nur anders gestaltet und verteilt werden. Das ökologische und soziale Wachstum der Zukunft wird sich allerdings nur partiell in einem höheren Bruttoinlandsprodukt niederschlagen.

Wachstum – das unbekannte Wesen

Das Wachstum, das so oft kritisiert wird, ist die Zunahme der als Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessenen Menge aller Güter und Dienstleistungen (genauer: der Wertschöpfung nach Abzug der Vorleistungen). Derzeit wird von vielen Seiten deutlich gemacht, dass dieses Wachstum nur begrenzt geeignet ist, den Wohlstand, ganz zu schweigen das Glück der Menschen zu mehren.³ Implizit stellen sich die Wachstumskritiker das BIP als einen riesigen Berg an Gütern vor. Da er aber in Preisen gemessen wird, kann der Geldbetrag täuschen, denn jede Preisveränderung beeinflusst das Wachstum, auch wenn die Mengen gleich blieben. Dem trägt die Statistik zwar Rechnung, indem sie ein reales Wachstum durch

Preisbereinigung schätzt, aber dabei fallen schon weitere Verzerrungen an.

Außerdem erfasst das BIP ja nur die mit Erwerbsarbeit produzierten Güter und Dienstleistungen. Was in Haushaltsproduktion oder Schwarzarbeit geleistet wird, fällt erst mal heraus, wenn es nicht – meist in einer eher groben Schätzung – berücksichtigt wird. Gerade in ärmeren Gesellschaften macht das aber einen beachtlichen Teil der wirtschaftlichen Gesamtleistung aus. Auch der Abstand im Prokopfeinkommen zwischen den USA und Europa ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass Amerikanerinnen weniger im Haushalt produzieren (z.B. Kochen). Wenn umgekehrt in einer Wirtschaftskrise viele Menschen arbeitslos werden, dann kann das dazu führen, dass sie wieder verstärkt die Haushaltsproduktion aufnehmen.

Grenzen des Wachstums

Da die Grenzen des Wachstums sich aber im Verständnis der meisten Kritiker auf die reale Produktion bzw. Konsumtion beziehen, sind durchaus Veränderungen des BIP möglich, die wenig an diesen realen Prozessen verändern. Diese Grenzen werden ja entweder auf der Entstehungs- bzw. Angebotsseite oder auf der Nachfrageseite gesehen. Entweder soll die Naturbasis der Produktion keine Zunahme mehr erlauben oder der Bedarf der Menschen ist dank des gigantischen Wachstums der letzten 150 Jahre (selbst nach Bereinigung um das ebenfalls riesige Bevölkerungswachstum) weitgehend gedeckt.

Langfristig mag der Konsumbedarf in der Tat stagnieren oder – was wahrscheinlicher ist – langsamer als die Produktivität wachsen, wenn alle Menschen ein ihre Bedürfnisse befriedigendes Wohlstandsniveau erreicht haben. Dann sind weitere Produktivitätssteigerungen in Arbeitszeitverringerung umzusetzen, deren gesellschaftliche Verteilung so zu bestimmen ist, dass nicht einseitig unfreiwillige Arbeitslosigkeit entsteht. Solange aber noch Bedarf besteht, sollte er befriedigt werden. Tatsächlich ist die Welt vom Wohlstand für alle Menschen noch weit entfernt. Bezeichnenderweise hat im letzten globalen Aufschwung vor allem der Konsum vieler ärmerer Menschen (in den aufsteigenden Volkswirtschaften Chinas, Indiens, Südasiens, Mittel- und Osteuropas) zugenommen. Die Nachfragesättigung war also nicht die Wachstumsgrenze, sondern die nicht nachhaltige Finanzierung der Nachfrage

durch Kredite an arme Amerikaner oder an Haushalte in der ärmeren europäischen Peripherie.

Von Sättigung (wie sie von Kapitalismuskritikern auch als Krisenursache unterstellt wird⁴) kann daher bestenfalls in Teilmärkten die Rede sein, etwa in einigen Segmenten der Konsumgütermärkte der reichen Länder. Vielleicht haben bei wachsender Ungleichheit die Reichen Probleme, für ihren Luxuskonsum noch passende Objekte zu finden, mit denen sie sich von ihresgleichen abheben können. Solche „Positionsgüter“ (der Picasso, das Penthouse mit Blick auf den Eiffelturm) sind inhärent selten, weswegen in diesem Zusammenhang von „sozialen Grenzen des Wachstums“⁵ gesprochen werden kann. Diese sozialen Grenzen realen Wachstums schließen aber nominales Wachstum nicht aus, produzieren es vielmehr geradezu, indem die Preise solcher Positionsgüter und ähnlicher Vermögenswerte überproportional steigen.

Die Güter, deren Knappheit allgemein als problematischer für Wachstum angesehen wird, sind die nicht erneuerbaren Rohstoffe. Tatsächlich sind auch deren Preise im Zuge der langen Wachstumsphase seit 1990 gestiegen, vor allem in den letzten Jahren vor der Krise. Aber muss das das Wachstum bremsen? Gebremst hat früher vor allem die Geldpolitik, weil sie diese Preissteigerungen und eine eventuell daraus folgende Lohn-Preis-Spirale im Zaum halten wollte. Aber eigentlich bedeuten höhere Grenzkosten für Rohstoffe lediglich, dass mehr gesellschaftliche Arbeit zu ihrer Produktion aufgewandt werden muss. Damit sinkt die reale Produktivität, gemessen in Güteroutput pro Arbeitsstunde – primär im Rohstoffsektor. Wenn höherer Arbeitsinput das nicht ausgleicht, sinkt der Output und das reale BIP – das Wachstum – stößt an eine Grenze.

Die Wachstumsgrenze, die viele Menschen heute am meisten beunruhigt, ist zwar auch ökologisch, betrifft aber weniger die Rohstoffe als die Umwelt in Form des Klimas. Rohstoffe, die zur Neige gehen, haben die angenehme Eigenschaft, im Preis zu steigen, dadurch die Produktion von alternativen Substituten anzureizen und so ihren eigenen Verbrauch tendenziell zu senken. Das Klima hat noch keinen Marktpreis, außer in Form staatlich verordneter Steuern oder Emissionsrechte. Der andere Preis in Form von Flutkatastrophen, Wirbelstürmen, Hitzewellen, Trockenheiten oder Überschwemmungen usw. senkt zwar den Wohlstand, aber seine Wachstumswirkung

ist unklarer, da die Reparatur der Schäden auch erst mal als Wachstum in der Statistik auftreten kann. Klima und Rohstoffe haben jedoch eins gemeinsam: Die Bewahrung des erreichten Wohlstands- oder Konsumniveaus erfordert angesichts der Belastung der Naturbasis relativ mehr gesellschaftliche Arbeit.

Geht uns die Arbeit aus?

Daher ist die Vermutung, die Arbeit ginge uns aus, erst mal ein Kind des vor-ökologischen Diskurses aus Zeiten hohen Produktivitätswachstums. Vor allem im Umfeld der Linken forderte man, der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit mit Arbeitszeitverkürzungen (geringere Wochenarbeitszeit, frühere Verrentung etc.) zu begegnen. Wenn die gesellschaftliche Nachfrage dank des technischen Fortschritts und der internationalen Arbeitsteilung mit immer weniger Arbeit zu decken und weitgehend gesättigt ist, liegt es nahe, die Produktivitätsgewinne ganz oder teilweise in mehr Freizeit umzusetzen. In eine ähnliche Richtung zielt die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. In einer superproduktiven Gesellschaft, deren Güterangebot überbietet, sollte es jedem frei gestellt sein, ob er noch arbeitet oder nur konsumiert.

Dagegen beginnen viele Politikvorschläge konservativer, liberaler oder neosozialer⁶ Herkunft mit dem entschiedenen Hinweis, dass uns die Arbeit nicht ausgehe. Sonst ließen sich die Forderungen nach einer Ausweitung des Arbeitsangebots in Form fordernder Arbeitsmarktpolitik (z.B. Arbeitspflicht bei Hartz IV), Rente mit 67, Abitur nach zwölf Jahren und stärkerer Erwerbsbeteiligung der Frauen kaum begründen. Ohne einen höheren Arbeitsinput bleibt das Wachstum auf den Produktivitätsfortschritt beschränkt. Der hat sich in Deutschland jahrzehntelang verlangsamt – im Gegensatz zu Ländern wie Schweden oder USA, die ähnliche Rückgänge umkehren konnten. Damit wuchs auch das BIP langsamer. Ohne BIP-Wachstum, das – wie oben dargelegt – vor allem den marktorientierten, in Geld messbaren Output darstellt, lassen sich auch staatliche Leistungen nur schwer finanzieren. Bleibt die Arbeit jenseits des Marktes, in der Familie oder in der Untergrundökonomie, so mag sie zwar zum Wohlstand, aber nicht zum BIP oder zum Steuer- und Abgabenaufkommen beitragen.

In der Krise droht nun ein gleichzeitiger Einbruch von Produktivität und Beschäftigung. Dabei ist das Wachstum kaum auf exogene Grenzen gestoßen. Der Krach kam nicht als Ölschock wie 1973 am Ende des langen fordistischen Booms, sondern als Finanzmarktkollaps. Nun verschärft sich konjunkturell eine der unerträglichen Kehrseiten des Kapitalismus: der gleichzeitige Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut (im Sinne von geringer Deckung des Bedarfs an Gütern und Dienstleistungen) oder – anders gewendet – der gleichzeitige und sich gegenseitig verstärkende Zusammenbruch von Angebot (und damit Jobs) und Nachfrage (und damit Einkommen). Dieses konjunkturelle Phänomen ist aber auch ein strukturelles, denn auch in Boomphasen und in weiten Teilen der weniger entwickelten Welt ist die Gleichzeitigkeit von ungedeckten Bedürfnissen und unausgelastetem Arbeitsangebot der kapitalistische Regelfall, der nur in den keynesianischen Dekaden 1950–1970 in den westlichen Wohlfahrtsstaaten außer Kraft gesetzt war.

Mehr soziales Wachstum

Liberaler und linke Ökonomen bieten zwei unterschiedliche Erklärungen und Lösungen für dieses Ungleichgewicht an:

- Die Liberalen fordern niedrigere Löhne, da Arbeitslosigkeit durch zu hohe Anspruchslöhne entstehe. Bei flexiblen Arbeitsmärkten würden dagegen alle Arbeitswilligen beschäftigt. Die Lohn- und Gewinnsumme fragt das Angebot voll nach, wobei die Kapitaleinkommen vor allem Investitionsgüter nachfragen.
- Die Linke fordert Umverteilung, da Arbeitslosigkeit durch Nachfragemangel entstehe, weil die Kapitaleinkommen nicht voll verausgabt werden. Die Investitionstätigkeit reicht bei geringen Masseneinkommen mangels Absatzperspektiven nicht aus, um die Ersparnisse aus den Kapitaleinkommen zu absorbieren. Daher müssen entweder die Löhne steigen und/oder die Ersparnisse über den Staat wieder investiert werden.

Beide Seiten sehen dabei die Ursache der Krisen vor allem in der schwankenden Investitionstätigkeit, die dann aber über den Einkommensausfall auch Auswirkungen auf den Konsum hat. Im Ergebnis kommt es dann zu dem eingangs angeprangerten Phänomen gleichzeitig mangelnder

Einkommen und ungedeckter Bedürfnisse. Im Lichte der aktuellen Krise hat die liberale Version etwas von ihrer Überzeugungskraft verloren, denn der Einbruch entstand nachweislich nicht wegen zu hoher Löhne, sondern durch einen Kollaps des Nexus von Ersparnis und Investition im dafür verantwortlichen Finanzsektor.⁷ Trotzdem darf man davon ausgehen, dass zur Überwindung wieder die liberalen Forderungen erhoben werden.

Soziales Wachstum erfordert dagegen, Angebot und Nachfrage insbesondere nach Konsumgütern und Dienstleistungen seitens der bedürftigen Bevölkerungsgruppen zu stabilisieren und auszubauen. Drei Wege bieten sich an:

1. Kreditfinanzierung: Die konsumwilligen Haushalte verschulden sich (wie in den letzten Jahren in den USA). Wenn ihr Einkommen aber nicht mithält bzw. nachwächst (also eine der beiden folgenden Optionen eintritt), wird dieser Weg nicht nachhaltig beschritten werden können, sondern in eine Verschuldungskrise führen.
2. Umverteilung: Die einkommensschwachen Haushalte erhalten Mittel über den Staat entweder in Form von Einkommenstransfers oder durch Zugang zum Kollektivkonsum (z.B. Bildung, Gesundheit). Allerdings, wenn der Staat Transferausgaben aus Steuern oder Sozialabgaben finanziert, steigt die Nachfrage nur insoweit, wie die Zahler das Geld sonst gespart hätten. Finanziert der Staat seine Ausgaben über wachsende Schulden, so ist das ebenfalls nur dann nachhaltig möglich, wenn dadurch ein volkswirtschaftlicher Wachstumsprozess ausgelöst wird, der genügend Einnahmen in die Staatskassen bringt.
3. Einkommenswachstum: Die stabilste Nachfragesicherung ist die gleichzeitige Expansion des Konsums und der Einkommen, die bei der Produktion der zu konsumierenden Güter und Dienstleistungen entstehen. Eine gleichmäßige Verteilung sichert diese Gleichzeitigkeit

am besten. Beides bildete den Kern des fordistischen Erfolgs der Nachkriegsdekaden. Dazu müssen die Beschäftigten Löhne erhalten, die dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt entsprechen, was vor der Krise weitgehend unterblieb.

Die Optionen 1 und 2 können den Einstieg in Option 3 bilden, wenn sie einen entsprechenden realen Wachstumsprozess auslösen. Allerdings besteht bei diesen beiden Optionen die Gefahr von Inflation, Überschuldung und/oder Importzuwachsen, wenn der so ermöglichten monetären Nachfrage keine reale Angebotsausweitung im Inland entspricht.

In offenen Volkswirtschaften fallen einheimische Nachfrage und einheimisches Angebot weit auseinander. Nationale Konsumenten verbrauchen importierte Güter und Dienstleistungen, die sie – bei ausgeglichener Leistungsbilanz – dank der Erlöse ihrer Exporte bezahlen können. Nationale Produzenten finden Absatzmöglichkeiten in anderen Ländern und glauben deshalb oft, den Binnenmarkt und die ihn stützenden Einkommen vernachlässigen zu können. Global ist die Weltwirtschaft aber geschlossen. Die Welt als ganze kann nicht wachsen und Einkommen verdienen, indem sie außerirdische Exportüberschüsse erzielt. Langfristig erfordert das Gleichgewicht, dass die Einkommen so verteilt sind, dass Massenkaukraft entsteht. Diese Kaukraft wird sich langfristig vielleicht weniger auf Konsumgüter im engeren Sinne, sondern auf Dienstleistungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Pflege richten, die im Gegensatz zur materiellen Produktion auch die ökologischen Grenzen des Wachstums weniger gefährden.

Es geht also um ein soziales und ökologisches Wachstum, das dort kaufkräftige Nachfrage schafft und findet, wo der gesellschaftliche Bedarf ist, und das den Grenzen der Naturbasis Rechnung trägt, indem es ihre wahren Kosten bei der Angebotserstellung einpreist.

1 Der Autor ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

2 Vgl. aus traditioneller ökologischer Sicht: <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/wachstumskritik.html>; symptomatisch für die neue konservative Sicht: <http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/Langfassung-final-Leitschuh.pdf>.

3 Vgl. zur Wohlstandsmessung Joseph E. Stiglitz, Amartya Sen und Jean Paul Fitoussi „The Measurement of Economic Performance and Social Progress Revisited“ OFCE Nr. 2009-33 Paris und zur Glücksforschung Hagen Krämer „Wen beglückt das BIP?“ Bonn/FES, 2009.

4 So z.B. Karl-Georg Zinn <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2009/07/10.mondeText1.artikel,a0055.idx,12>.

5 Vgl. das gleichnamige Buch von Fred Hirsch (Reinbek 1991).

6 „Neosozial“ bezeichne hier den marktliberalen Flügel der Sozialdemokratie, wie er – wenn auch älteren Datums (Agenda 2010) – in Ulrich Pfeiffer (Hg.) „Eine neosoziale Zukunft“, Wiesbaden 2009, vertreten ist.

7 Auch wenn Hans-Werner Sinn in seinem Buch „Kasinokapitalismus: Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist“ (Berlin 2009) noch mal die These aufwärmt, dass die Investitionen (in Deutschland) wegen der zu hohen Löhne hinter den Ersparnissen zurückblieben.